

# „Kein Monopoly in Leer“

Die Erweiterungspläne des Klinikums in Leer sind mit dem Projekt „Soziale Stadt“ nicht vereinbar – sagt Dr. Hartmut W. Fischer vom Runden Tisch.

Von Edgar Behrendt

LEER. Zumindest solange es die „Soziale Stadt“ geben werde das Klinikum in Leer auf den jetzt erworbenen Flächen zwischen Augusten- und Großstraße keine neuen Versorgungsangebote schaffen können.

Das stellt Dr. Hartmut W. Fischer vom Runden Tisch des Sanierungsprojektes fest, das nach seiner Einschätzung nicht vor 2015 abgeschlossen sein wird. Er sagt: „Was da jetzt auf rund 13 000 Quadratmetern passieren soll, findet sich nicht im maßgeblichen Rahmenplan wieder.“ Im betroffenen Gebiet sei die Priorität vielmehr so festgelegt, „dass vorrangig Wohnbauflächen zu fördern sind“. Dort gehe es darum, soziale Aspekte, den demografischen Wandel und die Berücksichtigung von Familien in den Mittelpunkt zu stellen, so Fischer, der den Kauf von 24 Grundstücken durch das Klinikum als „Mono-



Das Klinikum plant, sich bis über die Augustenstraße hinweg auszudehnen.

poly-Spielereien“ kritisiert. Es gehe nicht darum, die Pläne des Klinikums grundsätzlich abzublenden, doch könnten „hier nicht heimlich, still und leise Entscheidungen an den Gremien vorbei getroffen werden“. Fischer sieht die Stadt in der Pflicht, ein Gesamtkonzept zu erarbeiten, in dem die Entwick-

lungsplanung nicht nur des Klinikums, sondern auch des Borromäushospitals und aller anderen ärztlichen Angebote in der Stadt diskutiert wird. In einem Antrag schlägt er dem Runden Tisch und der Sanierungskommission vor, die Aufstellung eines Bebauungsplanes zwischen Augusten- und Großstraße abzulehnen und sich gegen Aktivitäten auszusprechen, die die Ausgleichsabgaben der Grundstückseigentümer erhöhen könnten.

der Stadt diskutiert wird. In einem Antrag schlägt er dem Runden Tisch und der Sanierungskommission vor, die Aufstellung eines Bebauungsplanes zwischen Augusten- und Großstraße abzulehnen und sich gegen Aktivitäten auszusprechen, die die Ausgleichsabgaben der Grundstückseigentümer erhöhen könnten.